

# Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Sonnabend, 24. Juli.

1880.

**Annahme-Bureau.**  
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Witwengasse 17) bei G. J. Ulrich & Co. Breitestraße 14. in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streifand, in Leseritz bei Jh. Matthias.

**Annahme-Bureau.**  
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Haube & Co., Haasenhein & Vogler, Rudolph Wolff. In Berlin, Dresden, Görtz beim „Insolidendank“.

Nr. 512.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 48 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaarte Bettzeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

**Amtliches.**

Berlin, 23. Juli. Der König hat geruhet: den Staatsanwalt Dr. Scheibler in Bielefeld zum ersten Staatsanwalt bei dem Landgericht in Gagen, sowie den Staatsanwalt Drecher in Danzig zum ersten Staatsanwalt bei dem Landgericht in Schneidemühl zu ernennen; den praktischen Arzt Dr. Eduard Kider in Wiesbaden den Charakter als Sanitätsrath, dem Domänen-Kontrollmeister Kreis in Oberswalde den Charakter als Rechnungsrath, und dem Blumenfabrikanten Bruno Pasche zu Berlin das Prädikat eines königl. Hoflieferanten zu verleihen.

Der Oberförster-Kandidat, Premier-Lieutenant im Reitenden Feldjägercorps Bod ist zum Oberförster ernannt, und es ist ihm die durch den Tod des Oberförsters Zimmermann erledigte Oberförsterstelle Wilhelmsberg im Regierungsbezirk Marienwerder übertragen worden.

**Politische Uebersicht.**

Posen, den 24. Juli.

Wie die „N. Z.“ aus Thüringen erfährt, werden die Konferenzen der Finanzminister in Koburg in den letzten Tagen dieses Monats stattfinden und im herzoglichen Residenzschloß gehalten werden. Dieser Tage war Staatsminister v. Seebach aus Gotha in Koburg anwesend, um die für die Konferenz erforderlichen Dispositionen zu treffen.

Aus Süddeutschland, speziell aus Württemberg, wird berichtet, daß die demokratische Volkspartei schon jetzt mit ganz besonderer Aktivität sich an die Wahlagitatie für die bevorstehenden Reichstagswahlen einzusetzen. Die Volkspartei hat in dem trübten Dunstkreis des herrschenden Pessimismus und der Verwirrung der öffentlichen Meinung bei Gelegenheit einiger Nachwahlen, z. B. in Tübingen, Erfolge erzielt, die sie mit den kühnsten Hoffnungen erfüllt haben. Wir sind nun zwar vor einem völligen Siege der süddeutschen Demokratie, die zugleich den ausgeprägtesten Partikularismus besitzt, nicht ohne die Frage, wie der demoralisierende Pessimismus und die Verwirrung der öffentlichen Meinung bei Gelegenheit einiger Nachwahlen, z. B. in Tübingen, Erfolge erzielt, die sie mit den kühnsten Hoffnungen erfüllt haben. Wir sind nun zwar vor einem völligen Siege der süddeutschen Demokratie, die zugleich den ausgeprägtesten Partikularismus besitzt, nicht ohne die Frage, wie der demoralisierende Pessimismus und die Verwirrung der öffentlichen Meinung bei Gelegenheit einiger Nachwahlen, z. B. in Tübingen, Erfolge erzielt, die sie mit den kühnsten Hoffnungen erfüllt haben.

Die der Regierung nahe stehenden Organe hatten sich bisher dem bekannten Schreiben des Herrn von Sybel gegenüber außerordentlich schweigsam verhalten. Jetzt spricht sich die „Post“ über dasselbe aus und verurtheilt es bei aller Anerkennung der persönlichen Eigenschaften des Herrn von Sybel mit großer Schärfe als durchaus inopportun. Sie sagt: „Wir sind der Meinung, daß der Sybelsche Brief seinem Autor nach der Seite des Charakters nur zur Ehre gereicht. Anders freilich muß die Frage, wie derselbe unter dem Gesichtspunkte politischer Klugheit zu betrachten ist, beantwortet werden. Wir stehen nicht an, die Kundgebung in diesem Sinne für einen Fehler zu erklären. Für diese Auffassung ist die Frage nicht entscheidend, ob Herr v. Sybels Ausstellungen gegen die Maigesetze begründet sind oder nicht. Gute Gründe sind von ihm und von Anderen, Dahn z. B., für diese Auffassung ausgesprochen; aber auch sehr gewichtige Bedenken, namentlich unter dem Gesichtspunkte der praktischen Durchführung des staatlichen Einspruchsrechts sind dagegen zu erheben. Wie berechtigt immer die Sybelsche Auffassung an sich aber auch sein mag, so kann sie in dem Augenblick, wo der Staat den Versuch unternimmt, durch erleichternde Vorschriften die rasche Beseitigung der kirchlichen Nothstände für den Fall zu ermöglichen, daß die Kirche sich thätiglich den Anforderungen des Staates unterwirft, nur theoretische Bedeutung beanspruchen. Denn wie anders ist eine thätigliche Unterordnung denkbar, als durch Ausführung des einzigen Aktes, den der Staat von den kirchlichen Organen verlangt, der Benennung der anzuhaltenden Geistlichen? In dieser Hinsicht herrschte bei der Verabreichung des Kirchengesetzes auf allen Seiten, bei der Regierung, bei allen Parteien, kein Zweifel. Ist dem aber so, so erscheint es offenbar faktisch unrichtig, weil für die Stellung des Staates nicht förderlich, in dem jetzigen Augenblicke die Anzeigepflicht zu bekämpfen. Es erscheint dies um so fehlerhafter, als die angefochtene Form, wie aus dem päpstlichen Briefe an den vormaligen Erzbischof von Köln und dessen nachträglicher Deklaration erhellt, von Seiten der Kirche nicht wesentlich beanstandet wird. Was dort Anstoß findet, ist das Einspruchsrecht des Staates, an dem Herr v. Sybel so gut festhalten will, wie die Maigesetze. So durchkreuzt dieser letzte Schritt die Aktion des Staates, die er selbst doch kräftig unterstützt hat, ohne auf anderem Wege die Aussicht zu eröffnen, die Kirche zum Nachgeben zu bringen. Wir können daher nur lebhaft bedauern, daß Herr v. Sybel, nachdem er nach seinen eigenen Worten so lange und bei so gewichtigen Anlässen seine abweichende Meinung über wichtige Punkte der Maigesetzgebung zurückgehalten hat, nicht in dieser Rückhaltung wenigstens so lange verharrt hat, bis die thätigliche Unterwerfung der Kirche unter die Maigesetze erfolgt ist.“

Die „Volks-Z.“ schreibt: „Der offiziöse Telegraph hat die Nachricht in die Welt geschickt, daß der Unterstaatssekretär bei der sächsischen Regierung, v. Mayr, Berlin verlassen hat und nach Straßburg zurückgekehrt ist. Hier verlautet, daß Herr v. Mayr, der in der letzten Zeit wiederholt in Berlin anwesend war, wenigstens gutachtlich bei der Frage der Ausarbeitung eines Entwurfes betreffend die Einföhrung des Tabaksmopols mitgewirkt hat. Es verlautet, daß die Grundzüge zu einem derartigen Entwurf

fixirt sind, und daß hierüber die Reichsregierung, welche dieses Mal durch den Staatssekretär im Reichsschatzamt, Scholz, bei den bevorstehenden Konferenzen der deutschen Finanzminister in Koburg vertreten sein wird, daselbst genauere Mittheilung machen wird. Als man vor zwei Jahren in Heidelberg zusammentam, galt es, die Finanzzölle festzustellen, durch welche dem Reiche eigene Einnahmen erwachsen sollten. Der inzwischen zu Stande gekommene Solltarif reicht jedoch nicht hin, um die versprochenen Steuererleichterungen ins Leben treten zu lassen. Der Reichsfanzler, der sich nach neuen Einnahmen umsehen muß, ist nicht mehr gewillt, mit einer Serie von neuen verschiedenen Steuerprojekten vor den Reichstag zu treten, und er ist entschlossen, aus vollem Fasse zu schöpfen. Das Tabaksmopol ist und bleibt das Ideal des Reichsfanzlers, von welchem er nicht lassen will, da seiner Ansicht nach nur durch eine derartige Manipulation das Programm der Steuererlasse Fleisch und Blut annehmen kann. Vor zwei Jahren wurde es seitens des damaligen Finanzministers Hobeck, eines bekannten Gegners des Tabaksmopols, verhindert, daß in Heidelberg eine Abstimmung über die Frage der Einführung des Mopols stattfand. Jetzt stimmen mit dem Kanzler, hinsichtlich der Nothwendigkeit des Mopols, sowohl der Staatssekretär im Reichsschatzamt Scholz, als der preussische Finanzminister Bitter überein. Für den Fall, daß die Mehrheit der deutschen Finanzminister in Koburg sich im Principe für das Mopol aussprechen sollte, wird es in unterrichteten Kreisen für nicht unwahrscheinlich gehalten, daß der Reichstag dieserhalb im Herbst zusammentreten werden dürfte.“

Ein verhängnisvoller Schritt ist geschehen, die türkische Regierung setzt dem gemeinsamen Willen Europas Widerstand entgegen. Wie sich das „Neuerische Bureau“ aus Konstantinopel melden läßt, ist in dem gestrigen Ministerrathe die Antwort der Pforte auf die Kollektivnote der Mächte genehmigt worden. In der Antwort werde vorgeschlagen, die Mächte möchten im Principe annehmen, daß Larissa, Janina und Mekowo bei der Türkei verbleiben, und werde die Einleitung von Verhandlungen auf dieser Basis beantragt. Dieser Antrag dürfte kaum ernsthaft zu nehmen sein. Die Pforte wird sich jedenfalls selbst nicht dem Glauben hingeben, daß die berliner Signarmächte irgendwie gefonnen sein werden, den Winkelzügen der orientalischen Staatsmänner ruhig zuzusehen.

Es darf jetzt für feststehend gelten, daß das Opfer des Raubmordes bei Philippopol nicht die Gemahlin, sondern die Mutter des bekannten russischen General Skobelew ist. Den „Times“ wird hierüber unterm 18. d. aus Konstantinopel gemeldet: „Madame Skobelew, die Mutter des General Skobelew, der sich während des Krieges so sehr ausgezeichnete, begab sich gestern Nacht in einem Wagen nach Zynpau mit Geld und medizinischen Vorräthen für das Hospital jener Stadt. Auf halbem Wege wurde die Reisegesellschaft durch bewaffnete Angreifer, Madame Skobelew getödtet und ihre Kammerjungfer und ihr Hofmeister gefährlich verwundet. Eine beträchtliche Summe wurde geraubt. Die Gendarmerie verfolgt die Räuber.“ Eine spätere Depesche lautet: „Ein russischer Kapitän Namens Duffos (?), der Urheber des Verbrechens, wurde gestern Nacht eingefangen. Als Duffos verhaftet wurde, schoß er mit einem Revolver auf sich und wird an seinem Aufkommen gezweifelt. Der Hofmeister und der Kutscher sind unterdessen an ihren Wunden erlegen. Madame Skobelew hat sich seit einiger Zeit in Konstantinopel aufgehalten und Schulen und Hospitäler organisiert.“ Die Persönlichkeit des Mörders schildert ein petersburger Privattelegramm des „B. Tzbl.“ folgendermaßen: „Die Schandthat des Mörders der Frau v. Skobelew ist geradezu ungeheuerlich, wenn man erfährt, daß dieser Unmensch seine ganze Existenz und Karriere dem Sohne der Ermordeten, dem General Skobelew II., zu verdanken hat. Der Mörder heißt Wfatis (?), war erst 27 Jahre alt und galt als ein besonders tapferer Offizier. Seine Ausbildung und Erziehung hat er in der hiesigen Ingenieurschule genossen. Er wurde im Jahre 1870, nach einem glänzenden Examen, russischer Sappeurführer mit Offiziersrang. Bei Ausbruch des bosnischen Aufstandes ging er 1876 zu den Montenegrinern. Fürst Nikolaus von Montenegro zeichnete ihn persönlich wegen ausgezeichnete Tapferkeit mit dem Danilo-Orden aus. Im Jahre 1877 erschien Wfatis auf dem russisch-türkischen Kriegsschauplatz durch General Skobelews Vermittelung als Freiwilliger im 63. Infanterie-Regiment Uglitsch von der sechsgehten (Skobelew'schen) Division. Angestellt im Offiziercorps erbittet General Skobelew selbst seine Beförderung zum ordentlichen Offizier für seine Bravour vor dem Feinde. Wfatis schlich sich z. B. bei Brestowag relognosirend in den Rücken der türkischen Stellung. Er wird in Folge dessen Ordonnanoffizier beim Regimentskommandeur und sodann Adjutant bei Skobelew, der ihn seiner Bravour wegen in jeder Weise protegirte. Für seine Unergründlichkeit im Gesechte am „grünen Berge“ und später bei Schiwinsk erhält Wfatis den Wladimir-Orden vierter Klasse, das Georgenkreuz und schließlich einen goldenen Säbel „für Tapferkeit“.

Letztere Auszeichnung ist sonst nur für hohe Offiziere bestimmt. Bei Schiwinsk ist Wfatis der Allererste in der feindlichen Redoute. Der kürzlich bei der Skobelew'schen Expedition von den Tefingen ermordete Doktor Studizki nennt Wfatis einen Ritter ohne Furcht und Tadel. Die Kameraden beschreiben ihn mittleren Wachses, kräftig gebaut, energische fast finstere Gesichtszüge. Er liebt sehr das Spiel und die Weiber. Seiner gänzlichen Todesverachtung und glänzenden Bravour wegen bildete sich zwischen dem General Skobelew und ihm bald ein freundschaftliches Verhältniß. Auf Verwendung des General erhält Wfatis den Rang eines Ingenieur-Kapitains, als welcher er bei der rumelischen Miliz nach Abmarsch der russischen Okkupationstruppen zurückbleibt. Nach Vorstehendem erschien gerade Lieutenant Wfatis als der allergeringste Beschützer der beharrten Frau Skobelew, der Mutter seines Gönners. Die Details der schurkischen Mordthat sind bekannt. Es ist ein eigenthümliches Zusammentreffen, das Wfatis gleichzeitig mit dem vorjährigen Raubmörder Lieutenant Landsberg die Ingenieurschule absolvirte. Beide traten 1870 aus. Die Leiche der ermordeten Generalin ward einhalbsam nach Bukujdere zur russischen Botschaft gebracht und wird auf Wunsch des Schwagers, des Hausministers Grafen Adlerberg, hierher überführt. In allen Kreisen herrscht das tiefste Mitgefühl. An den so hart betroffenen Sohn, den General Skobelew, gingen seitens des Kaisers Alexander und der Großfürsten sofort Beileidsdepesgramme ab.

Die Ermordung der Frau Skobelew wird, wie man der „N. Z. Z.“ aus Bukarest, 20. Juli, meldet, in über geheime Orientgeschichten informierten Kreisen auf politische Motive zurückgeführt. Man will wissen, daß die bevorstehende Vereinigung der bulgarischen Länder unter dem Prinzen Eugen von Leuchtenberg geplant wurde und wird. Madame Skobelew, Schwiegermutter des Prinzen, soll in dieser Richtung gewirkt haben, und ihre Ermordung die Entdeckung von Dokumenten, welche sich darauf beziehen, bezweckt haben. Der genannte Prinz Leuchtenberg, geboren 1847, war in erster Ehe vermaählt mit Gräfin Doria von Beauharnais geborene v. Dopschinie, welche am 29. Februar 1870 starb. Seine Vermählung mit Fräulein Skobelew erfolgte im vorigen Jahre. Wir registriren einfach diese Nachricht, ohne ihren Werth prüfen zu können. Sie ist vielleicht nur von der Empfindung eingegeben, daß ein russischer Offizier, der Gelegenheit zum Raube sucht, weniger gefährliche Unternehmungen vor sich findet, als die Ermordung einer so hervorragenden Persönlichkeit, und diese Empfindung wird wohl zunächst vielfach getheilt sein.

Die „Agence Havas“ veröffentlicht eine längere Depesche aus Wien über den Verlauf der Verhandlungen der Kabinete bezüglich der montenegrinischen Frage. Danach hätte England der Türkei vorgeschlagen, Dulcigno abzutreten oder das Protokoll vom 18. April d. J. zur Ausführung zu bringen. Die Pforte habe die Abtretung von Dulcigno abgelehnt und eine dreimonatliche Frist zur Ausführung der Konvention vom 18. April verlangt. Seitens der Mächte sei diese Frist abgelehnt und auf sofortiger Ausführung der Konvention bestanden worden. Noch während der Dauer dieser Verhandlungen und in Voraussicht einer Weigerung der Türkei habe das englische Kabinet die Initiative zu einem Einvernehmen der Mächte ergriffen und den fünf anderen Mächten mündlich vorgeschlagen, daß ein aus Kriegsschiffen sämtlicher sechs Mächte bestehendes und mit Landungstruppen versehenes Geschwader in die türkischen Gewässer gesendet werde. Oesterreich habe eine Flottendemonstration im Prinzip angenommen, die Beigabe von Landungstruppen aber abgelehnt und beantragt, daß das Geschwader aus nur 2 oder 3 Schiffen einer jeden Macht bestehen solle. Rußland sei dem Antrag einfach und ohne Vorbehalt beigetreten. Einzelne Mächte hätten Vorbehalte im Detail gemacht, im Ganzen aber sei ein vollständiges Einvernehmen über eine Flottendemonstration erzielt. Vollständig verschieden von den Verhandlungen über die montenegrinische Frage seien die Verhandlungen über die griechische Frage. Die Verhandlungen hierüber würden erst aktiv, wenn die Antwort auf die Kollektivnote vorliege. Falls diese Antwort negativ aus, so sei es wahrscheinlich, daß die Flottendemonstration die montenegrinische und die griechische Frage zum Gegenstand habe. Augenblicklich würden von allen Mächten in Konstantinopel die lebhaftesten Anstrengungen gemacht, um die Pforte zu bestimmen, den Forderungen Europas ohne Weiteres zuzustimmen. Die Pforte scheint dazu wenig geneigt und habe während der letzten Zeit mehreren Mächten, namentlich Rußland, England und auch Deutschland, vertraulich Eröffnungen gemacht, um ein Einverständnis der Mächte zu verhindern. Die Pforte habe damit keinen Erfolg gehabt, aber es sei zu besorgen, daß die Hoffnung, mit solchen Versuchen doch noch einen Erfolg erzielen zu können, dem Geist des Widerstandes immer neue Nahrung gebe.

Der auswärtige Minister des Königreichs Belgien, Herr Frère-Orban, veröffentlicht durch den „Moniteur belge“ ein an die diplomatischen Agenten Belgiens gerichtetes, vom 17.

datirtes Cirkular über den Meinungs- a u s t a u s c h , der in der neuesten Zeit zwischen der belgischen Regierung und der römischen Kurie stattgefunden hat; wir entnehmen demselben Folgendes:

„Neben den Erörterungen, die nur Wiederholungen bekannter Dinge sind, theilt das Promemoria des Kardinal- = Staatssekretärs zwei neue Schriftstücke mit.

Der Staatssekretär Seiner Heiligkeit des Papstes verleiht in der Absicht zu beweisen, daß der heilige Stuhl niemals in der Auslegung des auf den Primärunterricht bezüglichen Gesetzes seine Ansicht gewechselt habe, drei Bruchstücke aus Breven, welche zu verschiedenen Zeiten von P. Leo XIII. an Se. Majestät den König gerichtet worden sind. Es enthalten diese Briefe deutliche Rundgebungen der Sympathie für die mit der Regierung ihres Landes im Kampf begriffenen Bischöfe; ebenso fordern dieselben den König auf, ein Gesetz rückgängig zu machen, das gar keinen Nutzen habe. Ich weiß nicht, ob derartige Mittheilungen geeignet sind, der Sache des Papstes Vorschub zu leisten. Sie beweisen aber, daß man den Gedanken gefaßt hat, neben der diplomatischen und der geistlichen Korrespondenz noch eine dritte je nach Umständen zu verwerthen; zu schaffen.

Ich werde dem Kardinal Rina nicht auf dieses Gebiet folgen; die konstitutionellen Grundsätze sowohl, als die auf die Person des Königs zu nehmenden Rücksichten dispensiren mich davon. Dem Vatikan liegt solche Rücksichtnahme fern; man ignoriert dort absichtlich die ersten Anfangsgründe des parlamentarischen Regimes. Muß man nicht erlaunen, wenn man sieht, wie der erste Minister des Papstes die Annahme, daß der P. Leo XIII., viellecht im Beginn seines Pontifikats von konstitutionelleren Empfindungen geleitet, nicht abgeneigt gewesen, auch zu einer konstitutionellen Lösung der Schulfrage die Hand zu bieten, wie, sage ich, der Minister diese Voraussetzung als eine thörichte Illusion behandelt, ja sie sogar als eine Beleidigung zurückweist. Als die von den früheren Päpsten gegen die Freibeiten des modernen Staates geführten Bannstrahlen das gegenwärtige Haupt der Kirche nicht abhielten, den belgischen Katholiken vorzuschreiben, sie sollten eine Verfassung, die jene Freiheiten schützt, lieben und ehren, was war damals wohl Ungeheuerliches bei dem Glauben, daß der Papst auch den belgischen Episcopat angewiesen habe, die neutralen Schulen, wenn auch nicht zu lieben und zu schützen, so doch zu dulden, wie dies in England, Holland, Oesterreich und in Rom selbst der Fall ist.

Man wird hinfür nicht vergessen dürfen, daß es ein leerer Traum und ein Trugbild wäre, den Glauben zu hegen, daß der jetzige Papst geneigt sei, von gewissen irrbühmlichen Lehren, die noch von einigen modernen Staaten anerkannt werden, zurückzukommen. Die Zukunft wird lehren, auf welcher Seite die thörichten Illusionen sind. Inzwischen wird man mehr denn je danach fragen, mit welchem Recht denn die katholische Kirche, die fortwährend gegen die Grundgesetze protestirt, auf denen das heutige Staatswesen ruht, den Anspruch erhebt, mit den modernen Staaten diplomatische Beziehungen zu unterhalten.

Ich komme zu dem zweiten Punkt. Der Staatssekretär veröffentlicht jetzt eine Depesche vom 11. Oktober 1879, die er offiziell zurückgenommen, um den Inhalt des Schreibens, das mir am 5. Oktober durch den Baron von Anethan zugehen, zu entkräften, um die Schlussfolgerungen, die ich aus der Gesamtcorrespondenz und speziell aus diesem Schreiben herleiten zu müssen glaubte, zu bekämpfen. Drei Dinge kommen hier in Betracht.

1. Der Kardinal Rina erklärt, daß die Depesche vom 3. Oktober nicht genau die Gedanken wiedergibt, welche er dem Baron von Anethan ausgedrückt, wie der Kardinal diesem Diplomaten mehrere Mal ausdrücklich zu verstehen gegeben.

Diese ganz willkürliche Behauptung tritt, sei es um die Depesche vom 5. Oktober zu erklären oder um ihren Inhalt abzuschwächen, an die Stelle der von mir widerlegten Angabe betreffs einiger vermeintlicher vom Staat und speziell von der Lehrerin v. Wisé erhobenen Forderungen. — Alle Depeschen, die das auf den Meinungs- austausch zwischen Rom und Belgien bezügliche Aftenstück bilden, sind von ihrer Veröffentlichung den diplomatischen Agenten des heiligen Stuhles unterworfen worden welche deren Korrektheit anerkannt haben.

Meine Depesche vom 17. Oktober 1879 konstatiert ausdrücklich, daß die zwischen Anethan und dem heiligen Stuhle bestehenden Stellen des Schreibens vom 5. Oktober genau mit dem Text übereinstimmen. Ueberdies hat der Baron v. Anethan, da er mit seiner Person bei der Sache engagirt war, geglaubt, sich eben heute zu derselben äußern zu sollen. Der Brief, den derselbe an mich richtete, lautet;

Brüssel, 17. Juli 1880.

Herr Minister!

Das Memorandum des Heiligen Stuhles enthält eine Stelle, über welche ich Ihnen nähere Aufklärung geben muß. Das Original der Depesche vom 5. Oktober ist, ehe dieselbe an Sie befördert wurde, von Monsignore Jacobini, den der Kardinal Rina zu diesem Zweck mit Vollmacht versehen hatte, durchgesehen worden.

Der genannte Prälat stellte mir darauf den Entwurf, nachdem er ihn 4 Tage bei sich behalten, wieder zu, und bezeichnete mir einige wünschenswerthe Veränderungen, denen ich mich beilegte, sogleich gerecht zu werden und welche ich in der an Sie abgegangenen Depesche einfügte. Es ist nicht schwer, diese Stellen zu erkennen, weil sie aus dem Italienischen überetzt worden sind und einige eigenthümliche Wendungen haben.

Die Depesche vom 5. Oktober ist mitbin von einem Bevollmächtigten des Vatikan durchgesehen und geprüft worden, ehe sie in Ihre Hände gelangte. Als die Rede auf die Publikation der Dokumente kam, versäumte ich nicht, genau nach meinen Instruktionen, mich mit dem Kardinal Rina bezüglich der Revision, welche der heilige Stuhl für nöthwendig erachten könnte, ins Eموernehmen zu setzen. Monsignore Jacobini wurde mit dieser Arbeit beauftragt und kam zweimal zu mir, um das Aftenstück des „Meinungsaustausches“ durchzulesen.

Der genannte Prälat erstattete dem Kardinal Rina Bericht über die Durchsicht, hat, ihm verschiedene Depeschen, die er gern noch einmal lesen wollte, zu überlassen, und ersuchte mich, bei Rückgabe derselben um Einschaltung einiger Bemerkungen in einer Depesche vom 5. Oktober. Sie werden sich, Herr Minister, erinnern, daß ich mich beilegte, Ihnen von dem Wunsche Sr. Eminenz Kenntniß zu geben, und daß Sie in Ihrer Antwort mich beauftragten, Monsignore Jacobini zu wissen zu lassen, daß die ganze Korrespondenz Sr. Eminenz dem Nuntius unterbreitet werden solle, der die vom Kardinal Rina angegebenen Modifikationen näher bezeichnen würde. Die Veröffentlichung der Schriftstücke hat gezeigt, daß dem Wunsche des heiligen Stuhles genügt worden war. Aus dem Vorstehenden geht hervor, daß der Text der von mir an Eure Exzellenz gerichteten Depeschen zu keinem irgendwie begründeten Vorwurfe Anlaß bieten kann. Nach Veröffentlichung der Korrespondenz, über welche ich mich in diesem Schreiben des Näheren ausgelassen, hat der Kardinal- = Staatssekretär die Diskussion auf die Auslegung gelenkt, die man von „Meinungsaustausch“ hat angedehnt lassen. Seine Eminenz hat aber nie von der Wahrheitswidrigkeit meiner Depeschen gesprochen, — es wäre dies auch unmöglich gewesen nach der dreifachen Durchsicht, welche dieselben unterworfen worden waren. Das Gedächtniß hat Sr. Eminenz schließlich bei dieser Gelegenheit im Stich gelassen. Ich glaube, durchaus loyal gehandelt zu haben; ich habe die Loyalität bis zur höchsten Gewissenhaftigkeit getrieben, denn niemals ist von mir ein Bericht an Eure Exzellenz abgegeben, ohne daß ich den Entwurf einer Depesche dem Prälaten, welchen der Kardinal Staatssekretär damit beauftragt, zur Durchsicht vorgelegt hätte. Ich fürchte daher in dieser Beise, um keinerlei Dementi.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner Ehrerbietung und vorzüglichen Hochachtung.

Baron von Anethan.

Ich habe diesem Schreiben kein Wort hinzuzufügen. Jedermann wird urtheilen, auf welcher Seite in der vorliegenden Sache die Ehr-

lichkeit und die Loyalität stehen: ob auf der des Staatssekretärs, welcher den bei dem Vatikan beglaubigten Diplomaten anschlüßlich, die Gedanken, denen er Ausdruck gegeben, nicht getreu übermitteln zu haben, obgleich er dieselben mehrere Mal wiederholt, oder ob auf der des Diplomaten, welcher, nachdem er seine Mission in so würdiger und ehrenvoller Weise erfüllt, sich gegen eine derartige Anklage vertheidigen muß.

2. Gehe ich näher auf den Zwischenfall mit der zurückgenommenen Depesche ein. Dieselbe entstand unter dem Vorwand, der Kardinal Rina sei benachrichtigt worden, daß ich die Absicht hegte, von der Korrespondenz des Baron von Anethan Gebrauch zu machen. Man wird sogleich sehen, was daraus folgte. Das, was man in dem Promemoria an die betreffende Stelle brachte, ist nichts Besseres.

Seit der Depesche vom 5. Oktober waren sechs Wochen verstrichen; der am 4. November vom Papste an Se. Majestät gerichtete Brief, in welchem er Se. Majestät um die Zurückziehung eines angenommenen und verkündigten Gesetzes ersuchte, hatte das erwartete Resultat nicht gehabt. Nunmehr sprach der heilige Stuhl, der mittlerweile die Bischöfe insgeheim in ihrem Widerstande bekräftigt hatte, zuerst die Worte „Missverständnis“ und „Zweideutigkeit“ aus und suchte eventuell seinen Rückzug vorzubereiten.

Das war der Gegenstand der Depesche, welche mir durch den Nuntius am 14. November 1879 mitgetheilt wurde.

Dieser Würdenträger fällt, in einem Telegramm am 14. November an den Kardinal Rina, selbst das Urtheil, welches ich über diesen Akt formulirte:

Ich habe Herrn Fiore-Orban die Depesche vom 11. d. M. vorgelesen und ihm eine Abschrift derselben gegeben: der hervorgebrachte Eindruck ist verderblich. „Er qualifizirt dieses Dokument beharrlich als im Widerspruch mit den früheren amtlichen Erklärungen befindlich.“ Wenn die Depesche nicht, provisorisch wenigstens, zurückgezogen wird, so ist er entschlossen, Dienstag dem Parlament den völligen Abbruch der diplomatischen Beziehungen anzugehen. Telegraphiren Sie, ob ich die Depesche provisorisch zurückziehen soll.

Meinerseits telegraphirte ich an Herrn Baron v. Anethan, wie folgt: „Eine Note des Kardinals, welche der Nuntius mitgetheilt hat, besagt, daß ich, gemäß einer Unterredung, die er mit Ihnen gepflogen, von Ihrer Privatcorrespondenz Gebrauch zu machen beabsichtige. Das ist wahrheitswidrig. Verlangen Sie Aufklärung. Wenn die Note aufrecht erhalten wird, so ist die Zurückziehung der Gefandtschaft unvermeidlich. Diese Note widerspricht den abgegebenen Erklärungen und wird Ursache geben zur Beschuldigung der Doppelzüngigkeit. Antworten Sie sofort.“

Dieses Telegramm wurde dem Kardinal Rina mitgetheilt; das Memorandum konstatiert es (§ 9), und nach einer Unterredung mit dem Staatssekretär Sr. Heiligkeit richtete Baron v. Anethan denselben Tages an mich eine folgendermaßen abgefaßte telegraphische Depesche: „Die auf meine Auslassungen, betreffend die Veröffentlichung der Privatcorrespondenz gegründete Behauptung ist absolut falsch. Der Kardinal erkennt das an. Die Note wird zurückgezogen, eventuell richtig gestellt werden.“

Tags darauf, am 15. November, verlangte der Nuntius die Depesche mit der Bitte, seine Mittheilung, „als nicht gegeben“ zu betrachten, von mir zurück. Bei ihrer Rückführung schrieb ich ihm: „Öffentlich wird die Einwegräumung allen Anlasses zu Irrungen oder Zweideutigkeiten gelingen, und das Beste wird der Verzicht auf Vornahme jeglicher Schritte sein, welche auch nur den leisen Anschein eines Widerspruchs mit den in dem amtlichen Schriftwechsel unterzeichneten Erklärungen haben könnten.“

Diese Worte bezogen sich auf die vom Nuntius bekundete Absicht einer Umarbeitung der Depesche vom 11. November, welche er mit dem in seinem Telegramm vom 14. figurirenden Ausdruck „provisorisch“ angedeutet hatte. Wirklich war von diesem Schriftstück nicht ferner die Rede.

Der Sinn dieser Akte ist klar und bündig. Der heilige Stuhl kennt ganz genau die Bedeutung, welche die belgische Regierung den ihr erteilten Erklärungen beilegt. Er dreht ab, was folgen wird, und sich möglicherweise daraus...

Ich notifizirte ihm, daß ich diesen Schritt als die Zurückziehung alles bis jetzt Gelebten betrachte, der alles dasjenige im Gefolge haben müsse, was seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen eingetreten ist. Der heilige Stuhl zieht seine Depesche vom 11. November zurück und hält demnach diejenige vom 5. Oktober aufrecht.

Zwischen den Regierungen blieb von diesem Augenblick an nichts von der Depesche vom 11. November in Kraft; dieselbe war schlechterdings, wie sich der Nuntius ausdrückte, „nicht gegeben“ (non avenue). Durchaus nicht, schreibt heute der Kardinal Rina; der Minister der äußeren Angelegenheiten kannte den Inhalt desselben nichtsdestoweniger. Es ist diese eine Art zu unterhandeln, welche gewiß ohne Gleichen ist und welche die vatikanische Diplomatie trefflich charakterisirt. Aber nicht genug, mit dieser Mental-Reservation den Rückzug anzutreten, behielt man sich vor — die Staatskanzlei gesteht es heute offen ein — das, was man öffentlich, amtlich zu thun nicht den Muth hatte, auf einem Seiten- und Schleichwege auszuführen. Die der königlichen Regierung gegenüber zurückgezogene Depesche vom 11. November wurde der katholischen Presse, mit welcher der Vatikan jede Solidarität verleugnete, und dem Erzbischof von Mecheln zur Besprechung gegeben, welcher letztere autorisirt wurde, die Erklärung vom 1. Dezember 1879 zu publikiren. „Wenn in diesem Moment politischer Leiden — so drückt sich das Memorandum des Staatssekretärs aus — der heilige Stuhl schweigen zu müssen glaubte, so schwieg doch die katholische Presse Roms und Belians nicht; sie protestirte gegen die in der Ministerrede formulirten Beschlüsse. Mehrere der älteren katholischen Deputirten erhoben edelmüthig ihre Stimmen im Parlamentssaale. ... Es folgte darauf die autorisierte Erklärung des Kardinal- = Erzbischofs von Mecheln, der mit Nachdruck versicherte, daß nicht der geringste Mißklang zwischen dem P. Leo XIII. und den Bischöfen herrsche.“ Der heilige Stuhl schwieg also, aber er machte die Anderen reden; es war die andere Art (altri modi), welche er entdeckt hatte, um den Brief vom 11. November seiner Bestimmung zuzuführen.

Er verharrte sechs Monate in dieser zweifelhaften Haltung, und als man endlich den vom Papst am 2. April an den Kardinal Dechamps gerichteten zustimmenden Brief veröffentlichte, scheute er es nicht, in seinem Schreiben vom 13. Juni nochmals dagegen zu protestiren, daß diese Publikation wider seinen Willen und ohne seine Erlaubniß stattgefunden habe.

Ich werde auf diese gelehrten Klauereien, welche das Memorandum vom 10. Juli aufrecht zu erhalten sich bemüht, um die Kurie von dem Vorwurfe der Doppelzüngigkeit zu rechtfertigen, nicht näher eingehen.

III. Der dritte Punkt, welcher mir zu untersuchen bleibt, betrifft die unrichtigen Schlussfolgerungen, welche ich aus der veränderten Situation hergeleitet hätte. Dieser Punkt ist schon in meinem früheren Schreiben ausführlich behandelt worden, und ich könnte mich darauf beschränken, mich darauf zu beziehen; aber die Dokumente, welche der heilige Stuhl selbst veröffentlicht, sind in dieser Hinsicht die eklatanteste Widerlegung seiner Behauptung. Nach der Ausnahme, welche ich der Depesche vom 11. November habe angedeihen lassen — mit welchem Recht kann er versichern, daß er den Sinn, den ich der diplomatischen Korrespondenz beilegte, und die Schlussfolgerung nicht kenne, welche ich daraus zog? Er brauchte diese Depesche nur aufrecht zu erhalten, um zu verhindern, daß seine Schlussfolgerungen sich geltend machten; er hat sie zurückgezogen und besagt sich darüber, daß ihr nicht Rechnung getragen worden ist. Was waren dies übrigens denn für Schlussfolgerungen? Die Rede vom 18. November 1879 war eine einfache Zusammenfassung von Depeschen, deren Sprache bezeichnend genug für dieselbe war, als daß es nöthig gewesen, dem irgend einen Kommen-

tar hinzuzufügen. Diese Schlussfolgerungen, gegen welche man heute in so bitterer Weise protestirt, es ist die öffentliche Meinung, welche sie gezogen, es ist die katholische Presse vor Allem, welche, um der durch die offizielle Korrespondenz hervorgerufenen Wirkung zu begegnen, sich zu erklären beilegte, daß es noch eine andere gäbe, und daß man diese bekant geben würde. Der heilige Stuhl protestirte damals, daß seine Sprache nicht überall dieselbe gewesen sei. Er räumt heute ein, daß die Gegenerklärung existirte, und daß er von derselben Gebrauch gemacht habe; es war dies die der Regierung gegenüber offiziell für „nicht gegeben“ erklärte, dem Klerus gegenüber heimlich aufrecht erhaltene Depesche vom 11. November.

Diese Diplomatie ist durch sich selbst gerichtet. Sie hat in ihren Notizen vom 3. Mai, 8. und 13. Juni 1880 das Schreiben vom 11. November 1879 gleichzeitig zurückgenommen und entküllt. Der Staatssekretär Sr. Heiligkeit mußte also von vornherein, daß die königliche Regierung denselben dieselbe Eigenschaft beilegen und dieselben Konsequenzen daraus ziehen würde. Solche seitens des Vatikan jeder Aufrichtigkeit baaren Beziehungen konnten nicht aufrecht erhalten werden; indem man dem apostolischen Nuntius den Abbruch derselben bekant gab, blieb nur noch übrig, ihm seine Pässe ansubieten, damit er bis zu seiner Abreise die diplomatischen Freiheiten genießen könnte.

Unser Beschluß war kaum dem Vatikan mitgetheilt, er sollte eben dem Nuntius bekant gegeben werden, als die Presse unerwartete Dokumente veröffentlichte, die einen neuen und unheilvollen Beweis gegen die römische Kurie ablegten: Briese des Primas von Belgien und eines unserer verstorbenen Bischöfe, welche Ihnen durch meine Depesche vom 3. d. M. mitgetheilt worden sind, und die mit Eidens bekräftigen, daß der Nuntius, entgegen den elementarsten Pflichten seines Amtes und den einfachsten Prinzipien des Völlerrechtes, mitarbeitete an politischen Manifesten, welche direkte Angriffe gegen die Regierung enthielten, bei welcher er akkreditirt war, eine Handlungsweise, welche letztere, gemäß anerkannten diplomatischen Traditionen, berechtigt haben würde, ihm aufzuerlegen, daß er sofort das Land verlassen müsse; sie bekräftigen, daß diese Handlungen sich vollzogen in dem Augenblick, wo man in Rom behauptete, den Beschlüssen der belgischen Bischöfe ganz fremd zu sein; sie zeigen endlich, daß der Papst und sein Staatssekretär billigten und lobten, aber im strengsten Geheimniß (assolutamente segreto), die Maßregeln, die man der Regierung des Königs gegenüber nicht zu kennen und nicht haben voraussehen zu können erreichte.

Das sind Thatsachen, die man aus der Geschichte streichen muß, wenn man dem Memorandum vom 10. Juli irgend welchen Werth oder Glauben beilegen will.

## Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 23. Juli.

— Durch ein Schreiben des Reichskanzlers sind, der „Fr. Ztg.“ zufolge, die betreffenden Persönlichkeiten zu den Beratungen der Mitte September d. J. hier zusammen tretenden Kommission für Herausgabe einer Pharmacopoea germanica eingeladen worden. Die Kommission wird unter dem Vorsitz des Direktors des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Struck, tagen.

— Nach der im Ministerium des Innern aufgestellten Nachweisung über den Geschäftsbetrieb und die Resultate der preussischen Sparkassen im Jahre 1878 beziehungsweise 1878/79 waren in Betrieb 1157 Kassen mit 1,353,897,126,03 M. Einlagen, was einen Zugang von 71 Kassen mit 83,818,612,87 M. seit dem Jahre 1877 fortließ. Außer den Einlagen befanden sich in den Kassen als Separatfonds 4,078,655,56 M. und Reservefonds 82,210,710,59 M., so daß ein Gesamtvormögen von 1,470,186,492,18 M. bestand.

## Aus dem Gerichtssaal.

O Bosen, 23. Juli. Eine interessante Verhandlung fand heute vor dem Schöffengericht des hiesigen Amtsgerichtes statt. Die Arbeiterfrau Johanna Synchala aus Pamiątkowo, 43 Jahre alt, stand unter der Anklage, Wunderkuren an verschiedenen Kranken vorgenommen zu haben. Von den 8 vorgeladenen und erschienenen Zeugen hatten 7 die „wunderthätige“ Diäse der Angeklagten in Anspruch genommen. Die Prozedur, welche dieselbe bei ihren gutgläubigen Patienten anwendete, war folgende: Der Kranke wurde auf dem leibenden resp. schmerzhaften Körpertheile unter Zufühnung des Kreuzhütes und dem Versagen verschiedener unverständlicher Worte gefesselt, worauf ihm in der Regel nebst verschiedenen aus der Apotheke zu beziehenden Kräutern und Salben frischer resp. warmer Bierdeurin theils zum Einreiben, theils zum Einnehmen verordnet wurde. Die Zeugen räumten dies alles ein, wollten aber immer behaupten, die Angeklagte besitze wirklich eine Wunderkraft, sie habe schon Vielen geholfen u. s. w. Belohnung habe die „Kuge Frau“ Niemandem abverlangt, vielmehr sei ihr eine solche in Höhe von 0,50 M. bis 1,50 M. und auch noch darüber von den Patienten aus freien Stücken zu Theil geworden. Die Angeklagte räumte dasselbe ein, behauptete aber, sie sei von Gott berufen, dergleichen Kuren, welche der Menschheit nur zum Nutzen gereichen, auszuführen, und besitze dazu eine ihr innenwohnende, himmlische Kraft. Nach Angabe der Angeklagten waren die unverständlichen Phrasen, die sie bei der Segnung ihrer Patienten anwendete, in lateinischer Sprache geredet. Auf die Frage des Richters, ob sie denn lateinisch spreche, antwortete sie, sie könne dies nur, wenn sie der heilige Geist inspirirt. Nach wiederholtem Ersuchen des Richters ließ sie sich endlich herbei, indem die „göttliche Inspiration“ auf sie wirkte, eine der vermeintlichen Segnungs- resp. Beschwörungsformeln, wie solche bei den Heilungsprozeduren in Anwendung gebracht wurden, herzusagen. Es konnte dieses wunderliche Gerede natürlich von Niemandem verstanden werden, einige Syllben klangen natürlich ähnlich solchen Worten, die der katholische Priester während des Gottesdienstes singt oder spricht. Auf die Frage, woher die Angeklagte diese linguistische Fertigkeit habe, antwortete sie, vom heiligen Geiste, der sie, wenn es noth ist, erleuchtet; sie spreche auch englisch, französisch, sie spreche überhaupt in allen „Stimmen“, d. h. Sprachen der Welt, natürlich nur unter Eingebung des heiligen Geistes. Vom Richter in betreffender Sprachen angesprochen, antwortete sie demselben in einer langen Rede „französisch und englisch“; die Worte dieser Rede waren aber ebenso, man könnte beinahe sagen, noch mehr unverständlich, wie die „lateinischen“ Phrasen. — Aus einem vom benachbarten katholischen Ortsgeistlichen eingegangenen Schreiben geht hervor, daß die Angeklagte wirklich mit ihrer Wunderheilungsmethode Sumburg treibt, indem sie die armen Leute mit Noth und Gleichgültigkeit, die wohlhabenderen aber mit der größten Zuvoorkommenheit behandelt. Der Staatsanwalt beantragte, da die Angeklagte sich des § 263, nämlich des Betruges schuldig gemacht, indem sie sich fräulichweidig unter Ausnutzung der Unerfahrenheit eines Andern einen Vermögensvortheil durch Anwendung von Mitteln, die, wenn auch nicht gerade als schädlich erwießen, der Menschheit aber keineswegs von Nutzen sein können, schuldig gemacht hat, eine Gefängnißstrafe von je 5 Wochen für jeden der 8 als erwiesen erachteten Fälle einer vorgenommenen Wunderkur. Der Gerichtshof erkannte dem Antrage des Staatsanwaltes gemäß.

\* In Bergnügungsfloren verkehren oft Händler mit Süßrüchten zc. und bieten ihre Waaren den Gästen unter der in einzelnen Gegenden üblichen Bezeichnung auf „Gerade“ — „Ungerade“ oder „Fig — Fig“, d. h. in der Weise an, daß der einzelne Gast je nach dem Zufallsergebnisse der Ziehung einer Nummer entweder die auszufuchende Waare ohne Zahlung eines Preises gewinnt, oder den Kaufpreis verliert, ohne die Waare zu erhalten. Die Sitte besteht schon seit Jahren in vielen Theilen Deutschlands, ohne daß die Behörden darin eine Gesetzesverletzung erblickten. Neuerdings hat jedoch auf eine

darüber der Staatsanwaltschaft zugegangene Denunziation, diese Behörde die Anklage gegen den denunzirten Händler wegen unbefugter Veranftaltung öffentlicher Auspielungen aus § 286 Str. G. B. erheben. Die Strafkammer des Landgerichts sprach aber den Angeklagten von der Anklage wegen unbefugter Auspielungen frei, weil § 286 Str. G. B. unter Auspielung in Uebereinstimmung mit dem Sprachgebrauch und der zivilrechtlichen Auffassung die Verloofung eines Gegenstandes gegen geringen Einsatz vieler Personen verstehe, während in dem vorliegenden Fall die Einladung des Händlers immer nur an einen einzelnen Gast und erst nach Beendigung des mehr als Wette aufzufassenden Spieles mit diesem an einen anderen Gast erfolgte. Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht, I. Strafsenat, durch Entsch. v. 7. Mai 1880 die vorinstanzliche Entscheidung auf und wies die Sache zur anderweitigen Verhandlung an die Strafkammer zurück.

Telegraphische Nachrichten.

Gastein, 23. Juli. Se. Majestät der Kaiser hat gestern und heute das Baden fortgesetzt, nach dem Baden längere Promenaden gemacht und am Nachmittage Ausfahrten unternommen. Heute Abend wird Se. Majestät bei dem Grafen Lehndorff-Steinort den Thee einnehmen.

Wien, 22. Juli. Nach den nunmehrigen Bestimmungen wird der Kaiser bis zum 20. k. M. in Jischl Aufenthalt nehmen, die Reise des Kaisers nach Schlesien ist aufgegeben. Der galizische Landtag hat eine Resolution angenommen, wonach der jüdische Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt werden soll. Der Landtag der Bukowina ist heute geschlossen worden.

Wien, 23. Juli. Fürst Milan von Serbien ist heute Morgen auf der Rückreise von Ems hier eingetroffen.

Wien, 23. Juli. Meldung der „Polit. Korresp.“ aus Cetinje: Der Fürst von Montenegro hat sich lediglich wegen der in den Notizen der Pforte enthaltenen Angaben, wonach der jüngste blutige Zusammenstoß zwischen den Albanesen und den Montenegrinern von den letzteren herbeigeführt worden sei, veranlaßt gesehen, die diplomatischen Beziehungen zur Pforte abzubrecen und den montenegrinischen Vertreter aus Konstantinopel zurückzuberufen.

London, 22. Juli. [Unterhaus. Ausführliche Meldung.] Auf eine Anfrage Dislow's über die Lage der Dinge in Kabul und Afganistan erwiderte Lord Hartington, es finde heute ein Durbar in Kabul statt und schein ihm angemessener, die gewünschten Aufklärungen über die Politik der Regierung noch einige Tage zu verschieben, er hoffe, die Anfrage am Montag beantworten zu können. Dem Deputirten Wolff gegenüber erklärte Unterstaatssekretär Dilke, von der Konzentration bulgarischer Truppen bei Schimna sei ihm nichts bekannt, die diplomatischen Schritte über die unionistische Bewegung in Bulgarien und Ostrumelien würden demnächst vorgelegt werden. Was den Schriftwechsel mit Rußland über die Sendung russischer Offiziere und Waffen nach der Balkanhalbinsel anbetrifft, so könnten die Mittheilungen Rußlands ohne dessen Zustimmung nicht vorgelegt werden; es liege indes kein Grund vor, anzunehmen, daß Rußland diese Zustimmung verjagen werde. Eine Anfrage Otway's beantwortete Dilke dahin, daß eine Antwort der Pforte auf die Lokationnote der Mächte bis heute Nachmittags noch nicht eingegangen sei. Endlich erklärte Gladstone in Beantwortung einer Anfrage Dawney's, er sei ohne definitive Information darüber, daß der Earl von Zetland seinen Posten als Kammerherr der Königin niedergelegt habe. Anlässlich des Antrages auf Berathung des Berichtes über die irische Pächter-Entschädigungsbill beantragte Sullivan ein Amendement, in welchem ausgesprochen werden soll, daß die Bill nicht den von der Regierung beabsichtigten lobenswerthen Zwecken hinlänglich entspreche. Dasselbe wurde mit 132 gegen 25 Stimmen abgelehnt. Forster beantragte darauf ein Amendement, wodurch das Limitum der Pachtzinsen, auf welche das Gesetz anzuwenden sein soll, auf den Jahreswerth von 30 Pfd. Sterl. festgesetzt werde. Gibson bekämpfte dieses Amendement; dasselbe wurde ohne Abstimmung genehmigt. Schließlich wurde der Bericht über die Bill angenommen und die dritte Lesung derselben auf nächsten Montag anberaumt. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Vorlage der Regierung, betreffend die Kreirung von Postanweisungen im Betrage von 1 bis 20 Schilling in zweiter Lesung ohne Abstimmung angenommen.

London, 23. Juli. [Unterhaus.] Auf eine Anfrage Arnold's erwiderte Lord Hartington, der Vizekönig von Indien habe telegraphisch angezeigt, daß in dem gestern in Kabul abgehaltenen Durbar Abdur Rahman zum Emir proklamirt worden sei; wer denselben zum Emir proklamirt habe, sei in dem Telegramm nicht gesagt.

Capetown, 22. Juli. Nachrichten aus dem Basutoland vom 19. d. zufolge war die Residenz des englischen Vertreters bis zu dem genannten Tage von den feindlichen Angehörigen des Basutolandes nicht angegriffen worden, auch hatten letztere noch keinen Europäer beschädigt.

Berlin, 23. Juli. S. M. Brigg „Kover“, 6 Geschütze, Kommandant Korv.-Kapt. v. Kössing, ist am 20. Juli cr. in Kopenhagen eingetroffen. — S. M. S. „Victoria“, 10 Geschütze, Kommandant Korv.-Kapt. L'Lois, ist am 19. Juli cr. in Plymouth angekommen und hat am 22. Juli die Reise nach Malta angetreten.

Verantwortlicher Redakteur: G. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juli 1880.

Table with 5 columns: Datum, Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm, Wind, Wetter, Temp. i. Cel. (Grad.). Rows show data for 23rd, 24th, and 25th July.

Wetterbericht vom 23. Juli, 8 Uhr Morgens.

Table with 5 columns: Ort, Barom. a. 0 Gr. nach d. Meeresniv. reduz. in mm, Wind, Wetter, Temp. i. Cel. (Grad.). Lists various locations like Mollaghnore, Aberdeen, Christiansund, etc.

Seegang mäßig. \*) Früh Donner. \*) Nachts Thau. \*) Nachts Regen. \*) Nachmittags Regenböden. \*) Gestern Regen. \*) Früh Regen.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mitteleuropa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Skala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Wasserstand der Warthe.

Table with 2 columns: Datum, Wasserstand in Meter. Shows levels for 22nd and 23rd July.

Telegraphische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 23. Juli. (Spar-Course.) Mitt. Lond. Wechsel 20.49. Paris do. 80.93. Wiener do. 173.10. R.-M. St. A. 148. Rheinische do. 160. Hess. Ludwigsb. 103. R.-M.-Br.-Anth. 132. Reichsanl. 100. Reichsbank 150. Darmst. 147. Meiningen B. 97. Ost.-ung. K. 719.50. Kreditaktien \*) 240. Silberrente 63. Papierrente 62. Goldrente 75. Ung. Goldrente 93. 1860er Loose 125. 1864er Loose 313.00. Ung. Staatsl. 219.00. do. Ost.-Obl. II. 87. Böhm. Westbahn 200. Eisfabrik 165. Nordwestb. 147. Galizier 237. Franzosen \*) 241. Lombarden \*) 70. Italiener — 1877er Russen 92. II. Orientanl. 60. Zentr. - Pacific 111. Diskontokommandit —. Altbahn —. Neue 4proz. Russen —. 4proz. ungar. Bodenkredit-Pfandbriefe 80. Bergisch-Märkische —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 241, Franzosen 242, Galizier —, ungar. Goldrente 93, II. Orientanleihe —, 1860er Loose —, III. Orientanleihe —, Lombarden —, Schweizer. Zentralbahn —, Mains-Ludwigshafen —, 1877er Russen —, Böhmische Westbahn —.

\*) per medio resp. per ultimo. Frankfurt a. M., 23. Juli. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 242, Franzosen 243, Lombarden —, 1860er Loose —, Galizier 239, österreichische Goldrente 75, ungarische Goldrente 94, II. Orientanleihe 60, österr. Silberrente —, Papierrente 62, III. Orientanleihe 60, 1877er Russen —, Meiningen Bank —, Fest.

Wien, 23. Juli. (Privatverkehr.) Kreditaktien 279,75, Papierrente 72,75, ungar. Goldrente 108,7, Anglo-Austrian —, Unionbank —, Sehr fest.

Wien, 23. Juli. (Schluß-Course.) Die Börse eröffnete gedrückt durch die von auswärts gemeldeten Course, verlief dann ruhig und schloß wieder matter. Papierrente 72,52, Silberrente 73,50, Dester. Goldrente 87,50, Ungarische Goldrente 108,10, 1854er Loose 128,00, 1860er Loose 132,50, 1864er Loose 313,00, Kreditlose 177,00, Ungar. Prämien 113,20, Kreditaktien 278,00, Franzosen 279,00, Lombarden 81,75, Galizier 275,50, Rastb.-Oberb. 130,20, Nordwestb. —, Nordwestb. 171,50, Eisfabrik 192,00, Nordbahn 245,00, Desterreich-ungar. Bank —, Tark. Loose —, Unionbank 109,70, Analo-Austr. 132,50, Wiener Bauverein 136,00, Ungar. Kredit 262,50, Deutsche Plätze 57,15, Londoner Wechsel 117,65, Pariser do. 46,45, Amsterdamer do. 96,90, Napoleons 9,35, Dufaten 5,53, Silber 100,00, Marknoten 57,75, Russische Banknoten 1,23, Lomb.-Cernowitz 167,00, Kronpr.-Rudolf 163,70, Franz.-Josef 170,50, 4proz. ungar. Bodenkredit-Pfandbriefe 93,75.

Paris, 23. Juli. (Schluß-Course.) Sehr fest. 3proz. amoruro. Rente 86,52, 3proz. Rente 84,97, Anleihe de 1872 119,80, Italiensische 5proz. Rente 84,40, Dester. Goldrente 75, Ung. Goldrente 93, Russen de 1877 93, Franzosen 602,50, Lombardische Eisenbahn = Aktien 178,75, Lomb. Prioritäten 264,00, Färker de 1865 9,95, 5proz. rumänische Anleihe 77,00, Credit mobilier 628,00, Spanien erter. 19,4, do. inter. 18,7, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 499, Societe generale 555, Credit foncier 1265, Egypter 307, Banque de Paris 1067, Banque d'Escompte 795, Banque hypothecaire 595, III. Orientanleihe 60, Türkenloose 29,75, Londoner Wechsel 25,33.

Florenz, 23. Juli. 5 pSt. Italiensische Rente 93,82, Gold 22,10. London, 23. Juli. Consols 98, Italiensische 5proz. Rente 83, Lombarden 7, 3proz. Lombarden alte 10, 3proz. do. neue 10, 5proz. Russen de 1871 89, 5proz. Russen de 1872 89, 5proz. Russen de 1873 88, 5proz. Türken de 1865 9, 5proz. fundirte Amerikaner 105, Dester. Silberrente 62, do. Papierrente —, Ungar. Goldrente 94, Dester. Goldrente 75, Spanien 19, Egypter 60, Plabbisfont 1 1/2 pSt.

Newyork, 22. Juli. (Schlußkurs.) Wechsel auf London: in £ do 4 D. 82 C. Wechsel auf Paris 5,22. 5pSt. fund. Anleihe 102 1/2, 4pSt. fundirte Anleihe von 1877 109, Erie-Bahn 43, Central-Pacific 112, Newyork. Centralbahn 131.

Produkten-Course.

Röln, 23. Juli. (Getreidemarkt.) Weizen siebz. loco 24,00, fremder loco 24,50, pr. Juli 23,00, pr. November 19,55, Roggen loco 19,50, pr. Juli 17,75, pr. November 16,25, Hafer loco 16,50, Rübsl loco 29,10, pr. Oktober 29,00, pr. Mai —.

Bremen, 23. Juli. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 9,40 bez., per August-Dezember 9,70 bez.

Hamburg, 23. Juli. (Getreidemarkt.) Weizen loco und auf Termine ruhig. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen per Juli-August 205 Br., 204 Gd., per September-Oktober 191 Br. 190 Gd. Roggen per Juli-August 165 Br., 164 Gd., per September-Oktober 159 Br., 158 Gd. Hafer fest. Gerste ruhig. Rübsl: ruhig, loco 57, per Oktober 57. Spiritus matt, per Juli 51 1/2 Br., per August-September 51 1/2 Br., per September-Oktober 50 Br., per November 46 1/2 Br. Kaffee —, Umias —, Saft. Petroleum befestigt, Standard white loco 9,30 Br., 9,10 Gd., per Juli 9,10 Gd., per August-Dezember 9,35 Gd. — Wetter: Veränderlich.

Wien, 23. Juli. (Produktenmarkt.) Weizen loco unverändert, Termine matt, pr. Herbst 9,72 Gd., 9,75 Br., Hafer pr. Herbst 5,40 Gd., 5,45 Br. Mais per August 6,90 Gd., 6,95 Br. Rohtraps per August-September 12 1/2. — Wetter: Trübe.

Paris, 23. Juli. (Produktenmarkt.) (Schlußbericht.) Weizen ruhig, pr. Juli 27,80, pr. August 27,10, pr. September-Dezember 26,10. Roggen ruhig, pr. Juli 20,75, pr. Septbr. = Dezbr. 18,50. Weizen rubig, pr. Juli 61,00, pr. August 60,00, pr. September-Dezember 55,75. Rübsl rub., pr. Juli 74,00, pr. August 74,25, pr. Septbr. = Dezember 75,50, pr. Januar-April 76,50. Spiritus fest, per Juli 62,75, per August 62,25, per September-Dezember 59,00, pr. Januar-April —. Wetter: Schön.

Paris, 23. Juli. Rohzucker fest, Nr. 10/13 per Juli pr. 100 Kilogr. 62,75, 7/9 pr. Juli pr. 100 Kilogramm 69,00. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kgr. per Juli 70,75, per August 70,50, per Oktober-Januar 62,87.

Petersburg, 23. Juli. (Produktenmarkt.) Talg loco 56,00, per August 55,25. Weizen loco 15,00, Roggen loco 10,30, Hafer loco 5,25, Talg loco —. Ganf loco 32,00, Keimsaat (9 Pud) loco 16,50. — Wetter: Kühl.

London, 23. Juli. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 55,040, Gerste 300, Hafer 62,340 Dts.

Fremder Weizen 1 sh. niedriger verkäuflich, Mais zu Gunsten der Verkäufer, Hafer zu Gunsten der Käufer, andere Getreidearten ruhig, unverändert, angekommene Weizenladungen sehr ruhig.

London, 23. Juli. An der Küste angeboten 7 Weizenladungen. — Wetter: —.

London, 23. Juli. Havannaer Nr. 12 25. Rubig. Amsterdam, 23. Juli. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine unv., per November 271. Roggen loco fester, auf Termine niedr., per Juli 204, pr. Oktober 188, pr. März 186. Raps pr. Herbst —, fl., pr. Frühjahr —, fl. Rübsl loco 32 1/2, per Herbst 32 1/2, pr. Mai 1881 34.

Antwerpen, 23. Juli. (Schlußbericht.) Weizen flau, Roggen weichend. Hafer vernachlässigt. Gerste still.

Antwerpen, 23. Juli. Petroleummarkt (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23 bez. u. Br., per August 23 1/2 Br., per September 24 Br., per Septbr.-Dez. 24 bez. u. Br. Weichend.

Liverpool, 23. Juli. (Schlußbericht.) Weizen 1 d. billiger, Mehl stetig, Mais 2 d. theurer. — Wetter: Schön.

Liverpool, 22. Juli. (Offizielle Notirungen.) Upland good ordin. 6, do. low middl. 6 1/2, do. middl. 6 3/4, Orleans good ordin. 6 3/4, do. low middl. 6 1/4, do. middl. 6 1/2, middl. fair Orleans 7 1/4, Pernam fair 7 1/2, Santos fair —, Bahia fair 6 1/2, Maceio fair 7 1/2, Maranham fair 7 1/2, Egyptian brown middl. 5 1/2, do. fair 6 1/2, do. good fair 7, do. white middl. —, do. fair 7 1/2, do. good fair 7 1/2, M. G. Broach fair —, Dholerah middl. 3 1/2, do. good middl. 3 1/2, do. middl. fair 4 1/2, do. fair 4 1/2, do. good fair 5 1/2, do. good 5 1/2, Domra fair 4 1/2, do. good fair 5 1/2, do. good 5 1/2, Scinde fair 4 1/2, Bengal fair 4 1/2, do. good fair 4 1/2, Madras Timmelly fair —, do. do. good fair 5 1/2, do. Western fair 4 1/2, do. good fair 5 1/2.

Liverpool, 23. Juli. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 B. Amerikaner stetig, indische fest. Middl. amerikanische Juli-Lieferung —, August-September = Lieferung 6 1/2, September-Oktober-Lieferung 6 1/2 d.

Bradford, 22. Juli. Wolle und wollene Garne fester, wollene Stoffe flau.

Manchester, 23. Juli. 12r Water Armitage 7 1/2, 12er Water Taylor 8 1/2, 20r Water Nicholls 9 1/2, 30r Water Oldlow 10 1/2, 30r Water Clanton 10 1/2, 40r Mule Rayoll 10 1/2, 40r Medio Wilkinon 11 1/2, 36r Warpcops Qualität Rowland 10 1/2, 40r Double Weston 11 1/2, 60r Dubl. Weston 13 1/2, Printers 1 1/2 3/4 8 1/2 pfd. 108. Rubig.

Newyork, 22. Juli. (Schlußbericht.) Baumwolle in Newyork 11 1/2. do. in New-Orleans 11 1/2. Petroleum in Newyork 9 1/2 Gd., do. in Philadelphia 9 1/2 Gd., rohes Petroleum 7, do. Pipe line Certificats —. D. 94 C. Mehl 4 D. 25 C. Rother Winterweizen 1 D 11 C. Mais (old mixed) 48 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7 1/2. Kaffee (Rio-) 14 1/2. Schmalz (Marle Wilcox) 7 1/2. do. Fairbanks 7 1/2. do. Robe & Brothers 7 1/2 C. Speck (short clear) 7 1/2 C. Getreidefracht 5 1/2.

Marktpreise in Breslau am 23. Juli 1880.

Table with 4 columns: Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation., gute, mittlere, geringe Waare. Rows list prices for Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen.

Table with 4 columns: Festsetzungen der von der Handelskammer eingesezten Kommission., Pro 100 Kilogramm, feine, mittel, ordin. Waare. Rows list prices for Naps, Wintererbsen, Sommererbsen, Dotter, Schlaglein, Ganf.

Reisamen, geschäftlos, rother novwell, per 50 Kilo 30-35 bis 38-42 M. weicher nominell, per 50 Kilo 40-48-58-62 M. hochfeiner über Notiz bez. Napskuchen, preis haltend, per 50 Kilo 6,50-6,70 M., fremde 6,20-6,50 M. September-Oktober 6,80 M. Leinfuchen, ruhig, per 50 Kilo 9,30-10,00 M. Lupinen, ohne Frage, per 100 Kilo 8,20-8,70-9,20 M. blaue 8,10-8,60-9,00 M. Thymothee, nominell, per 50 Kilo 18-21-23 M. Mehl: in matter Stimmung, per 100 Kilo Weizen 1 30,00-31,00 M. — Roggen fein 28,00-29,00 M. Gausbuden 26,75-27,75 M., Roggen-Futtermehl 11,50-12,25 M., Weizenmehl 9,25-9,75 Mark.

Produkten-Notize.

Berlin, 23. Juli. Wind: NW. Wetter: Leicht bewölkt. Weizen per 1000 Kilo loco 210-234 M. nach Qualität gefordert...

3 Juli-August 25,35-25,30 bez., per August-September 25,00 bezalt, September-Oktober 24,50 bezalt, per Oktober = November 24,00 bezalt...

Bromberg, 23. Juli 1880. [Bericht der Handelskammer.] Weizen: unverändert, hellbunt 205-208, hochbunt u. glatt 208-215 abfallende Qualität 190-195 Mark.

Stettin, 23. Juli. (An der Börse.) Wetter: Veränderlich. Temperatur + 16 Grad R. Barometer 28,2. Wind: NW. Weizen ruhig, per 1000 Kilo loco gelber 212-215 M. bezalt...

Berlin, 23. Juli. Das gestrige Nachgeschäft hatte schwach geschlossen; Berliner Verkäufe hatten angeblich die auswärtigen Börsen verstimmt...

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 23. Juli 1880. Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table of financial data including Consol. Anleihe, Staats-Anleihe, Berl. Stadt-Obl., and various bonds and currencies.

Table of domestic bonds (Inländische Fonds) including Röm. S.-B., Röm. III. rz., and Pr. C.-B. bonds.

Table of foreign bonds (Ausländische Fonds) including Amerik. rz., do. 1885, and various international securities.

Table of exchange rates (Wechsel-Course) for various locations like Amsterdam, London, and Paris.

\*) Zusatz der Reichs-Bank für Wechsel für Lombard 5 pCt., Lombard 3 pCt., Brüssel 3, Frankfurt a. M. 4, Hamburg - Leipzig - London 2, Paris 2, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

3 Mark, Kredit-Aktien 3/4 Mark, Galizier 1/2 Prozent, Diskonto-Kommandit-Antheile 1 Prozent. Besonders matt lagen wiederum fremde Renten...

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table of bank and credit stocks including Badische Bank, Pf. f. Rheinl. u. Westf., and various regional banks.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table of railway stocks including Aachen-Mastricht, Altona-Kiel, and various regional railway lines.

Industrie-Aktien.

Table of industrial stocks including Brauerei Pilsener, Danneb. Rattum, and various manufacturing companies.

Eisenbahn-Prioritäten.

Table of railway preference stocks including Berlin-Dresden, Berlin-Görlitz, and various regional lines.

nachlässigt. Die gegen baar gehandelten Aktien fanden wenig Beachtung, nahmen aber auch überwiegend an der auf dem Spekulationsmarke eingeleiteten Abmüdung Theil.

Eisenbahn-Prioritäten-Obligationen.

Table of railway preference obligations including Aach.-Mastricht, do. do. II, and various regional lines.

Ausländische Prioritäten.

Table of foreign preference stocks including Elisabeth-Westbahn, Gal. Karl-Ludwig, and various international securities.